Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0023/2005
	Erstelldatum:	29.09.2005
	Aktenzeichen:	Ref. 4 Dr. K/Mei
Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG)		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Donhauser, Richard		
Beratungsfolge	18.10.2005	Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Planungssystematik sowie die voraussichtliche Zeitschiene werden gebilligt.

Sachstandsbericht:

Der Bayerische Landtag hat am 29.06.2005 das neue Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) verabschiedet, das zum 01.08.2005 in Kraft getreten ist. Es gilt für alle Kindertageseinrichtungen zur regelmäßigen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Dazu zählen Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder (Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayKiBiG).

Neu mit aufgenommen sind auch die Betreuungsplätze im Rahmen der Tagespflege, die eine Alternative zur Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen darstellen.

Nach dem BayKiBiG sollen die Kommunen im eigenen Wirkungskreis und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gewährleisten, dass die nach der Bedarfsfeststellung notwendigen Plätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege rechtzeitig zur Verfügung stehen (Art. 5 Abs. 1 BayKiBiG). Die Kommune entscheidet, welchen örtlichen Bedarf sie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Eltern und ihrer Kinder für eine kindgerechte Bildung, Erziehung und Betreuung anerkennt. Darüber hinaus bestimmt die Kommune, welche bestehenden Plätze für die Deckung des örtlichen Bedarfs notwendig sind und welcher jeweilige Bedarf noch ungedeckt ist. Sie kann dabei auch nicht in der Gemeinde gelegene Plätze als bedarfsnotwendig anerkennen, wenn zu erwarten ist, dass Eltern diese Plätze für ihre Kinder in Anspruch nehmen (Art. 7 Abs. 1 und 2 BayKiBiG). Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also die Landkreise / kreisfreien Städte tragen auch weiterhin für die Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege die Gesamtverantwortung für die Planung.

Der Stadt Amberg kommt damit die Aufgabe zu, aktiv bei der Bedarfsfeststellung vor Ort zu wirken.

Bei der Bedarfsfeststellung sind die Bedürfnisse der Eltern, die bestehenden Plätze, die Überlegungen der freien Träger sowie möglicherweise vorhandene Daten aus der Jugendhilfe – bzw. Sozialraumplanung mit einzubeziehen. Letztendlich ist es ein Abwägungsprozess welche Plätze anerkannt und damit auch finanziert werden. Bei der Verteilung der bedarfsnotwendig festgestellten Plätze durch die Kommune ist das Subsidiaritätsprinzip – also der Vorrang freier Träger – zu beachten (§ 4 Abs. 2 SGB VIII i. V. m. Art. 4 Abs. 3 BayKiBiG).

Bestehende anerkannte, aber nicht im Bedarfsplan befindliche Einrichtungen erhalten bis zum 31. August 2008 weiterhin kommunale und staatliche Fördermittel nach tatsächlicher Belegung. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Aufnahme in den Bedarfsplan zwingend notwendig, um weiterhin öffentliche Zuschüsse zu erhalten.

Die Verwaltung beabsichtigt, die nötige Bedarfsplanung wie folgt anzugehen:

Schematische Darstellung der Planungsschritte

Planungsschritte	Maßnahmen	Hinweis	voraus-sichtliche Zeitschiene
Feststellung des Bestands	<p>Abfrage in den bestehenden Einrichtungen und bei bestehenden sonstigen Angeboten (Kindergarten, Hort, Betreuungsangebote an Grundschulen, Tagespflege) nach</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ der Platzzahl für Kinder in den unterschiedlichen Betriebs- u. Betreuungsformen ➤ den weiteren Angeboten: z.B. <ul style="list-style-type: none"> – Kleinkindbetreuung – Schülerbetreuung in Horten <p>u. an der Grundschule</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tagesmütter am Ort 		Herbst 2005
Ermittlung des quantitativen Bedarfs	<p>Feststellung der Kinderzahlen in der Stadt aus der Einwohnerstatistik aufgeschlüsselt für die relevanten Geburtsjahrgänge.</p> <p>Zahl der Kinder unter 3 Jahren und im Kindergartenalter</p>	<p>In Bayern gibt es bisher keine planungsrechtlichen Vorgaben.</p> <p>In Baden-Württemberg: Platzbedarf für Kindergartenkinder (3,5 Jahrgänge in den Einrichtungen; 95%ige Inanspruchnahme)</p> <p>Heranziehung von Daten aus der lokalen Bevölkerungsentwicklung, Bauleitplanung; Rückgriff auf kleinräumig ausgewiesene Bevölkerungsentwicklungsdaten des Statistischen Landesamtes, Stadtentwicklung</p>	Frühjahr 2006
Ermittlung des qualitativen Bedarfs	<p>Welche Angebote soll es geben?</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Angebot für Kinder unterschiedlicher Jahrgangsstufen ➤ besondere Zielgruppen <p>Welche Öffnungszeiten sind gewünscht und notwendig?</p>	<p>Elternbefragungen</p> <p>Befragung von Experten (KiTa's, Fachkräfte, Firmen wegen Arbeitszeitregelungen, Beratungsstellen, Mitarbeiter/-in des ASD und Jugendamtes, Vereine und Verbände wie Kinderschutzbund, Sozialdienst Kath. Frauen, Donum Vitae, Elterschule)</p>	Frühjahr 2006

		Auswertung der Struktur der Arbeitsplätze. Daten dazu von der IHK und der Handwerkskammer einholen.	
Bedarfsplan und Maßnahmenplanung	Abgleich von Bestand und Bedarf	D.h.: Feststellungen des Bedarfs aus Sicht der Nutzer/Bewertung aus Sicht der Verwaltung	Sommer 2006
Beteiligung	Beteiligung der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe/Träger von Kindertageseinrichtungen an der Bedarfsplanung	Umsetzung: ⇒ Was wird am meisten gewünscht? (Ergebnis der Elternbefragungen) ⇒ Was können die Träger kurzfristig umsetzen?	Sommer 2006
Abstimmung	Die Bedarfsplanung auf Gemeindeebene mit den freien Trägern der Jugendhilfe/Träger von Kindertageseinrichtungen abstimmen.		Herbst/Winter 2006
Entscheidung: Festlegung des Bedarfs	durch Jugendhilfeausschuss / Stadtrat		Frühjahr 2007
Ziel:	Schaffung eines ausreichenden und den individuellen Ansprüchen der Eltern und der Kinder entsprechenden Kinderbetreuungsangebotes in Amberg		
Fortschreibung		Beteiligung freier Träger Träger von Kindertageseinrichtungen	

.....
(Richard Donhauser, Jugendamt)

Verteiler:
Mitglieder Jugendhilfeausschuss
Referat 4
Amt 4.1
zum Akt Beschlussvorlagen
Reg. Akt